

Bezugspreise für das
ehemalige Österreich-Ung.
ganzjährig K 10.—
halbjährig K 5.—

für Amerika:
ganzjährig D. 2.50

für das übrige Ausland
ganzjährig K 12.—

Gottscheer Zeitung

Anzeigen (Inserate)
werden nach Tarif be-
rechnet und von der Ver-
waltung des Blattes
übernommen.

Briefe ohne Unterschrift
werden nicht berücksichtigt,
Manuskripte nicht zurück-
gesendet.

Erscheint am 1., 10. und 20. eines jeden Monats.

Bestellungen übernimmt die Verwaltung der Gottscheer Zeitung in Gottschee Nr. 121.

Berichte sind zu senden an die Schriftleitung der Gottscheer Zeitung in Gottschee.

Postsparkassen-Konto
Nr. 842.285.

Nr. 15.

Gottschee, am 20. Dezember 1919.

Jahrgang I.

An unsere geehrten Abnehmer!

Infolge der neuerlichen Verteuerung des Papiers um 100 Prozent, des sonstigen Materials (Druckerschwärze usw.) um 1000 Prozent sowie wegen der bedeutenden Erhöhung der Druckkosten, die im übrigen nicht übermäßig gehalten, sondern durch die steigende allgemeine Teuerung bedingt sind, ist unserem Blatte eine mehr als 100-prozentige Erhöhung der Herstellungskosten erwachsen. Wir sind demnach gezwungen, vom 1. Jänner 1920 an die Bezugsgebühr der „Gottscheer Zeitung“ folgendermaßen zu erhöhen:

Für das Inland

ganzjährig	K 20.—
halbjährig	„ 10.—
vierteljährig	„ 5.—

Für Deutsch-Österreich (wegen des Valutaunterschiedes)

ganzjährig	K 26.—
halbjährig	„ 13.—
vierteljährig	„ 6.50

Die „Gottscheer Zeitung“ wird vom 1. Jänner 1920 an in größerem Format erscheinen.

Der hertigen Nummer unseres Blattes sind für die Benützung im Inlande Erlagscheine der Postsparkasse beigelegt. Wir ersuchen dringend um freundliche Einsendung des Bezugsbetrages noch im Laufe des Monats Dezember, damit in der Zusendung des Blattes keine Verzögerung eintrete. Da wir wegen der großen Kosten des Papiers die Herstellung einer größeren Menge von nicht bestellten Stücken der Jänner-Nummern nicht riskieren können, müßte die Zusendung des Blattes sofort eingestellt werden, falls die Erneuerung der Bezugsgebühr nicht noch im Laufe dieses Monats geschieht.

Um den geehrten Abnehmern unseres Blattes in Deutsch-Österreich den Bezug desselben zu ermöglichen, haben wir vor, in Wien eine Zeitungsstelle zu errichten, und hoffen hiebei auf das freundliche Entgegenkommen und die gütige Mitwirkung unserer Landsleute dortselbst, sowie beim Werbegeschäfte für das heimatliche Organ auch auf die werktätige Mitarbeit der geehrten landsmannschaftlichen Gottscheer-Vereine in Wien, Graz, Klagenfurt usw. Wir streben an, die Sache derart zu regeln, daß die bei der Zeitungsstelle in Wien durch Postanweisung einzuzahlenden Bezugsgelder durch Vermittlung einer Bank an uns gelangen. Falls wegen Postsperrre oder aus anderen Gründen die Gründung einer Zeitungsstelle in Wien dormalen noch nicht möglich sein sollte, ließe sich die Sache auch so einrichten, daß die auswärtigen Abnehmer einen Verwandten oder Bekannten in der Heimat ersuchen, er möge für

sie einstweilen vorschußweise den Bezugsbetrag erlegen. Dies könnte auch gruppenweise bewerkstelligt werden.

Die „Gottscheer Zeitung“ ist gegenwärtig das einzige deutsche Blatt in Krain und im Süden. Ihr Fortbestand ist für unsere engere Heimat nicht nur eine Ehrensache, sondern auch ein dringendes, sozusagen unabweisliches Bedürfnis, da unsere Landsleute einzig und allein durch die „Gottscheer Zeitung“ über die Ereignisse in der Heimat unterrichtet werden und auch die Verordnungen und Verfügungen der Ämter und Behörden erfahren können. Wir hoffen demnach zuversichtlich, daß nicht nur alle alten Abnehmer unserem Blatte treu bleiben werden, sondern daß dasselbe in den Kreisen unserer Landsleute und der Freunde unserer Heimat noch weitere, ausgebehntere Verbreitung finden wird.

Die Verwaltung der „Gottscheer Zeitung.“

Das neue Einwanderungsgesetz von Nordamerika.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika beabsichtigen besondere Maßregeln gegen die Einwanderung zu ergreifen, um die Einwanderung den durch den Krieg geänderten Verhältnissen entsprechend zu beschränken. Hierüber schreibt „Atlas“ (31. Oktober): Der zu diesem Zweck geschaffene Gesetzentwurf, die „Alien Immigration Bill“ wurde von der gesetzgebenden Körperschaft am 17. Oktober approbiert und wird jetzt dem Senat vorgelegt, der ihn unzweifelhaft zum Gesetz erheben wird. Der Entwurf geht darauf aus, die Einwanderung weitestgehend zu beschränken, indem er der Regierung die Ermächtigung erteilt, die amerikanischen Konsulate anzuweisen, strenge Auslese unter den Einwanderern zu halten und nur jenen den Einwanderungskonjens zu erteilen, die gewisse Garantien bieten. Für kurze Besuche werden die Pässe ohne weitere Umstände vidiert, nicht aber für längeren Aufenthalt in Amerika.

Das neue Gesetz ist das Ergebnis eines Kompromisses zwischen der Majorität, die noch strengere Einschränkungen verlangte, und der Minorität, welche nur provisorische Maßregeln forderte. Es bestand tatsächlich ein radikaler Entwurf, der das bestehende Einwanderungsgesetz vom Grund auf umformte und den Einwanderungsbeschränkungen dauernden Charakter verleihen wollte. Man hat sich jedoch entschlossen, mit der „Alien Immigration Bill“ eine provisorische Regelung zu schaffen. So ist Gelegenheit gegeben, das gesamte Problem in der nächsten Zeit eingehend zu studieren und dann erst die Einwanderung auf eine neue Basis zu stellen.

Der vorläufige Zweck der Bill, zu deren Schöpfern auch Lansing zählt, ist nach einem Telegramm des „Daily Telegraph“ der Ausschluß von unerwünschten radikalen Elementen, die eine Gefahr für den Staat bilden. In dieser Hinsicht wird zwischen den Nationen kein Unterschied gemacht, jedoch werden den

verbündeten und den neutralen Staaten gewisse Begünstigungen bei Erteilung der Pässe zugestanden.

Die Aussicht auf ein weiteres Jahr des Mangels an Arbeitskräften stimmt die Arbeitermassen Amerikas günstig. Da die amerikanischen Arbeiter sich schwer an Arbeiten gewöhnen, für die sie nicht spezialisiert sind, bietet das Gesetz hauptsächlich jener Menge eingewanderter Arbeiter Schutz, die weniger spezialisiert sind und sich leichter an grobe Arbeiten gewöhnen, die mithin nicht mehr unter der Konkurrenz neuer Zuwanderung zu leiden haben.

Im übrigen bleibt dem Präsidenten das Recht gewahrt, das neue Gesetz vor dessen Ablauf zu widerrufen. Wie der „Daily Telegraph“ jedoch meint, besteht hiefür keine Aussicht. Wahrscheinlich wird die Einwanderung in Zukunft nie mehr so einfach sein wie vor dem Krieg. Dem Kongreß liegt schon ein Nachtragsgesetz im Entwurf vor, dessen Zweck es ist, einen großen Teil der fremden Bevölkerung los zu werden, indem es von den Eingewanderten verlangt, daß sie innerhalb fünf Jahren vom Eintrittstage die englische Sprache erlernt haben. In demselben Termine müssen sie auch die Naturalisierung verlangen, widrigenfalls sie deportiert würden. Das Gesuch muß in englischer Sprache abgefaßt sein und der Einwanderer muß sich einer Prüfung in englischer Sprache über die Regierungsform der U. S. A. unterziehen. Das Gesetz schreibt auch jenen Unternehmern, welche fremde Arbeitskräfte verwenden, vor, diesen durch sechs Monate täglich eine Stunde englischen Unterricht zu geben. Ebenso müssen die Kinder der Eingewanderten rein amerikanische Schulen mit englischer Unterrichtssprache besuchen. Das Gesetz soll 12 Monate nach dem definitiven Friedensschluß in Kraft treten und das alte Einwanderungsgesetz ersehen. Auf ein Jahr noch bleibt daher das gegenwärtige Gesetz mit dem Päßzwange aufrecht. Was nun die eigentlichen Einwanderer anbelangt, so bedeutet dieses Gesetz für sie einen versperrten Ausweg, da sie gezwungen sind, entweder Amerikaner zu werden oder auf lange Zeit die Arbeitsgelegenheit in Amerika zu verlieren. Das trifft besonders den italienischen Wanderarbeiter, der auf einige Zeit nach Amerika ging, um mit Ersparnissen heimzukehren, und der oftmals den Weg über den großen Teich machte.

Mehr oder weniger jedoch ist das Einwanderungsproblem ein Produktionsproblem und hängt dessen Lösung immer von der jeweiligen Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten ab. Braucht die Produktion Arbeitskräfte, so wird sich auch das Gesetz den Erfordernissen der Produktion anpassen. Mithin wird die Handhabung des Gesetzes immer von der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes abhängen, was allen jenen zum Troste gesagt sei, die sich von der Härte des gegenwärtigen Gesetzentwurfes schrecken lassen.

Wie wird es nun mit unseren Auswanderern aus Krain und aus unserer engeren Heimat Gottschee werden? Man schätzt ihre Zahl auf mehr als 100.000, wovon 6000 auf das Gottscheer Gebiet entfallen. Wenn von sämtlichen Auswanderern künftighin in Amerika die Naturalisierung verlangt wird und die Auswanderer in allem und jedem, in Sprache, Bürgerrecht usw. Amerikaner werden müssen, bedeutet das eine volle Loslösung unserer Auswanderer von der alten Heimat. Unsere Auswanderer werden nunmehr alle Vollamerikaner werden müssen, sie werden der alten Heimat völlig entfremdet werden. Bisher haben unsere Landsleute drüben sich immer noch als Gottscheer gefühlt und haben der angestammten Heimat Treue und Anhänglichkeit bewahrt. Die künftige Generation wird vom Stammlande der Eltern kaum mehr viel wissen, das Interesse für die ursprüngliche Heimat der Eltern wird verblasen. Unter solchen Umständen ist es nicht zu beklagen, daß gegenwärtig strengere Einwanderungsgesetze und die hohen Schiffsfahrpreise — eine Fahrkarte nach Amerika kommt dormalen mindestens auf 10.000 Kronen zu stehen — ein kräftiges Hindernis für das rasche Wiedereinsetzen einer stärkeren Auswanderungsbewegung bilden.

Jugoslawien ist ein gesegnetes Land, das reich ist an Natur- und Bodenschätzen. Nur müssen diese vielfach erst gehoben werden.

Wird diese Arbeit tatkräftig in die Hand genommen und von geschickten Händen geleitet, so dürfen wir wohl hoffen, daß das Land selbst alle seine Bewohner ausreichend ernähren können wird und daß auch solche Volksteile, die wegen der Unergiebigkeit ihrer Scholle und des Verdienstmangels in der Heimat bisher auszuwandern pflegten, im Staate selbst Erwerb und Brot finden werden.

Aus Stadt und Land.

Gottschee. (Der Geburtstag des Thronfolger-Regenten.) Zur Feier des Geburtstages Sr. Hoheit des Thronfolgerregenten Alexander fand am 17. Dezember um 9 Uhr vormittags in der hiesigen Stadtpfarrkirche ein Festgottesdienst statt, dem die Staatsbeamten, die Stadtgemeindevorstellung, die Schuljugend und viele Andächtige beiwohnten. Der Tag war schulfrei.

— (Ernennung.) Zum Staatskommissär für soziale Fürsorge bei der Landesregierung für Slowenien wurde Herr Milan Jaklič ernannt.

— (Ernennung.) Der Gendarmeriepostenleiter Herr Johann Schleimer, eingeteilt beim Landesgendarmeriekommando Graz (in Fehring), wurde zum Beamten der X. Rangklasse (Gendarmerie-Revierinspektor) ernannt.

— (Vom Klerus.) Herr Stadtpfarrkooperator Franz Belec wurde von Gottschee nach Altenmarkt a. d. Kulpa versetzt; Herr Kooperator Anton Kovtar kommt von Altenmarkt a. d. Kulpa nach Gottschee. — Mit der Frist bis 31. Dezember ist die Pfarrerstelle in Pöllandl zur Besetzung ausgeschrieben. — Herr Pfarrer Anton Znidaršič in Suchen ist am 9. Dezember eines plötzlichen Todes gestorben. Er ruhe in Frieden.

— (Todesfall.) Am 14. Dezember starb hier nach schwerem, geduldig ertragenem Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, Fräulein Olga Perz, Kanzleioffiziantin, in ihrem 20. Lebensjahre. Sie ruhe in Frieden.

— (Oberschulrat in Laibach.) Der Präsident des Oberschulrates in Laibach Herr Professor Franz Vadnjak ist zurückgetreten. Herr Stanko Bevk, Direktor des Realgymnasiums in Laibach, wurde zum Präsidenten des Oberschulrates ernannt.

— (Zum Intendanten der Oper in Laibach) wird, wie aus Belgrad berichtet wird, der Komponist Herr Viktor Parma, Landesregierungsrat i. R., ernannt werden, der jetzt in Wien lebt.

— (Straßenbezirksausschuß.) In der Sitzung des Straßenbezirksausschusses Gottschee am 15. Dezember wurde der Voranschlag für das Jahr 1920 genehmigt. Derselbe weist ein Erfordernis von 108.370 K auf. Auf die Zufahrtstraße (zum Bahnhofe) entfallen 7000 K, somit stellt sich das Gesamterfordernis auf 115.370 K. Davon entfällt auf den Straßenbezirksausschuß selbst ein Gesamterfordernis von 44.723 K. Die Deckung beträgt 18.640 K. Der Abgang von 26.083 K wird durch eine 25 prozentige Umlage auf die Steuervorschreibung von 103.561 K gedeckt. Die Straßenumlage hat dieselbe Höhe wie in den Vorjahren.

— (Ausgeschriebene Volksschullehrerstellen.) An folgenden öffentlichen Volksschulen des Gottscheer Gebietes sind Oberlehrer- bzw. Lehrerstellen zur definitiven Besetzung ausgeschrieben: Im Bezirke Gottschee: Göttenitz, Kieg (die Oberlehrer- und eine Lehrerstelle), Nesselthal, Mösel, Mitterdorf (für eine weibliche Lehrkraft). Im Bezirke Rudolfswert: Tschermoschnitz (zwei Stellen), Stalldorf. Im Bezirke Tschernembl: Stockendorf.

— (Trifailer Kohlenwerksgesellschaft.) Die Verwaltung der Trifailer Kohlenwerksgesellschaft beantragt pro 1918 die Verteilung einer Dividende von 6% = 12 K, wie im Vorjahre. Der Reingewinn beträgt 2.118.000 K, um 341.000 K mehr als im Vorjahre.

— (Gemeindevahlen.) Die Gemeindevahlen werden zu Beginn des Jahres 1920 überall in Slowenien auf Grundlage des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes stattfinden.

— (Teuerungskredit.) Am 13. Dezember hat der Ministerrat in Belgrad auf Antrag des Ernährungsministers beschlossen, 50 Millionen Dinar für die Milderung der Teuerung in unserem Staate zu bewilligen.

— (Das tägliche Defizit.) Die Belgrader „Politika“ schreibt, daß der Staat mit einem täglichen Defizit von 2 Millionen Dinar zu kämpfen hat.

— (Zur Markierung der Banknoten.) Die Ugramer Handels- und Gewerbekammer teilt mit: Es wurde in Erfahrung gebracht, daß mit den Bestätigungen, welche für die gelegentlich der Markierung eingezogenen 20 Prozent des Geldes herausgegeben wurden, bereits Handel getrieben wird. Es ist zu beachten, daß dieser Handel verboten ist, da die Bestätigungen nicht übertragbar sind und es im Interesse der Besitzer liegt, diese Bestätigungen aufzubewahren, da sie seinerzeit gleich dem effektiven Gelde ausgetauscht werden. Ferner wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß auch jene Banknoten, die auf der ungarischen Seite und in der linken Ecke der Note markiert sind, Gültigkeit haben, denn in mehreren Orten wurden die Marken irrtümlicherweise falsch angebracht.

— (Der Sezerstreik) in Slowenien ist nunmehr beendet, die Zeitungen erscheinen wieder.

— (Aus Mähr.-Trübau) schreibt man uns: Wir haben hier ein Franziskanerkloster, wo an 25 Schüler billig völlig verpflegt und beaufsichtigt werden. Die Verpflegungsgebühr schwankt zwischen 30 und 80 K monatlich. Es wäre möglich, auch einen begabten Schüler aus Gottschee hier unterzubringen. Einige Schwestern von der Kongregation des heil. Franziskus beschäftigen sich hier mit Mädchenunterricht und Krankenpflege. Nächst der Sozialdemokratie ist die christlichsoziale Partei hier die stärkste. Sie veranstaltet fast jeden Sonntag Theateraufführungen bei ausverkauftem Hause, die der Partei ein bedeutendes Einkommen liefern. Der hiesige Bürgermeister ist ein sozialdemokratischer Konsumvereinsbeamter, sein Stellvertreter ein christlichsozialer Versicherungsagent. Die kommenden Parlamentswahlen kündigen sich bereits in lebhaften Versammlungen an. — Ein Kilogramm Wurst kostet hier 25 bis 28 tschechoslow. Kronen, ein Kilogramm Rohspeck 24 K. Stoffe und Schuhe sind ungemein teuer und schwer zu bekommen. — Der Schnee, der hier seit Ende Oktober auf den Kartoffeln und Zuckerrüben lag, ist in der letzten Novemberwoche vergangen und es ist dadurch das Einbringen der Kartoffeln und Zuckerrüben ermöglicht worden.

— (Kälte.) Eine Kältewelle bringt von Norden her vor, wie sie scharfer nicht im Jänner 1917 verzeichnet worden war. Dabei kein Holz, keine Kohle! In Berlin hat man nicht einmal mehr Kohle, um in den Krankenhäusern den Kranken warme Speisen verabreichen zu können. Auch Wien leidet schwer an Kohlenmangel. Ein Kilo Holz kostet in Wien K 1.33. Im Schleichhandel noch mehr. Der schöne Wienerwald ist schon größtenteils verwüftet.

— (Nachschau bei Kaufleuten und Gewerbetreibenden.) Nach einer neuerlichen Verordnung der Landesregierung ist bei den Kaufleuten und Gewerbetreibenden periodische Nachschau abzuhalten, und zwar zu dem Zwecke, um sich zu überzeugen, ob die Preise deutlich und sichtbar angebracht sind und mit welchem Gewinne die Kaufleute und Gewerbetreibenden arbeiten. In Laibach sind hierfür 56 Kommissionen eingesetzt und es ist bereits eine Reihe von Abstrafungen erfolgt. Diese Regierungsverordnung ist nicht gegen den soliden Handel gerichtet. Die periodischen Revisionen werden so lange fortgesetzt werden, bis das ganze Land von unsoliden Elementen gereinigt ist und der Konsument die volle Gewißheit hat, daß die Verkäufer sich begnügen mit dem zulässigen bürgerlichen Gewinne.

— (Vorbereitung der Demobilisierung.) Im Kriegsministerium werden Vorbereitungen zur Demobilisierung des ersten Aufgebotes getroffen. Die Demobilisierung wird sofort nach Besserung der auswärtigen Lage stattfinden.

— (Vorübergehende Einstellung des Eisenbahnverkehrs in Osterreich.) Die „Staatskorrespondenz“ in Wien

teilt mit, daß wegen Kohlenmangel während der Weihnachtsfeiertage vom 20. bis 28. Dezember der gesamte Eisenbahnverkehr eingestellt wird.

— (Außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen.) Vorkommnisse bei der Arbeiterschaft des hiesigen Kohlenwerkes haben die Behörde veranlaßt, zum Schutze der öffentlichen Sicherheit scharfe Maßnahmen zu treffen.

— (Viertelbinar-Banknoten werden notwendig sein.) Der Dinar, unser künftiges Geld, soll, wie man hört, 4 K gelten. Hienach ist der Dinar für unsere Verhältnisse und Bedürfnisse eine zu große Banknoteneinheit und es besteht die Gefahr, daß durch die neue Währung eine abermalige, und zwar geradezu katastrophale Preissteigerung aller Waren eintreten wird, indem statt einer Krone bei den Wareneinzahlungen gar bald ein Dinar verlangt werden wird. Das käme aber der Konfiskation von drei Vierteln unseres Vermögens gleich. Um dies zu verhindern, sollten gleichzeitig mit den Dinars auch Viertel-Dinars in Verkehr gebracht werden, die dann die bisherigen Kronennoten ersetzen würden. Die Scheidemünzen würden diese Wirkung nicht haben.

— (Zur Valutafrage.) Die Notenmarkierung ist nun beendet. Nach Artikel 15 der betreffenden Verordnung kann nach dem für die Banknotenmarkierung festgesetzten Termine die Subkommission (in Laibach) die Markierung der Kronennoten noch bei der Filiale der österr.-ungarischen Bank dortselbst und bei der Finanzverwaltung gestatten. Im ganzen wurde weit weniger Papiergeld zur Markierung präsentiert, als man erwartet hatte. Es sollen sich nach den Markierungsergebnissen kaum 5 einhalb Milliarden Kronen in unserem Staate befinden. Vielleicht erklärt sich diese auffallende Tatsache aus dem Umstande, daß viel Geld, um der Abnahme von 20 Prozent auszuweichen, in die okkupierten Gebiete hinübergeschmuggelt worden sein dürfte. Die Preise sind infolge der Markierung nicht heruntergegangen. Die fremden Valuten sind genau so teuer wie bisher. Im Verhältnis zum Dinar ist die Krone allerdings um ein ganz Weniges gestiegen, steht aber immer noch schlechter als vor der Markierung. Der Dinar kostet noch immer 4 Kronen und mehr, trotzdem vor der Markierung der amtliche Kurs mit K 3.50 festgesetzt war. — Was aber die Lösung der Valutafrage anbelangt, ist sehr zu fürchten, daß sie eine Finanzkatastrophe herbeiführen wird. Es wird, wie es scheint, zur Umtauschung der Kronen mit Dinars im Verhältnis von 1:3, bezw. unter Einrechnung des schon erfolgten 20%igen Abzuges von 1:4 kommen. Wenn dann der neue Staatsdinar wirklich den Wert und die Kaufkraft von 4 Kronen hätte, ginge ja das an. Aber es ist das sehr zu bezweifeln. Es wird ein ungemein großer Mangel an Geld eintreten. Bürgermeister Dr. Tavčar befürchtet ein „Kosovo polje“ auf wirtschaftlichem Gebiete. — Es heißt nun, daß die Kronennoten nicht mit Staatsdinars, sondern mit Noten der Belgrader Nationalbank umgetauscht werden sollen. Die Nationalbank soll aus diesem Grunde zu einer Emissionsbank für das ganze Königreich umgewandelt werden.

— (Zwei Menschen von Wölfen aufgefressen.) Aus Reiznitz wird uns mitgeteilt, daß durch das starke Auftreten der Wölfe nunmehr sogar schon Menschenleben arg gefährdet werden. Kürzlich ging ein Weib in den Wald, um Laub für Einstreu zu rechen. Es kehrte nicht mehr zurück. Man forschte nach und fand nur mehr die Schuhe und Kleiderreste. Auch ein Mann und ein Maulesel fielen den hungrigen Bestien zum Opfer. Es blieben nur die Schuhe und einige Kleiderstücke sowie die großen Knochen übrig. In der Gegend zwischen Cabar und Bizknitz stellen sich die Wölfe nicht selten in förmlichen Rudeln ein. Der Schnee liegt dort stellenweise sehr hoch, und wenn die gierigen Raubtiere keine Rehe finden, fallen sie auch Haustiere und sogar Menschen an.

— (Für die Wahlen) benötigt die Regierung einige Millionen Gummikugeln, 75.000 Metallurnen usw. Die Beschaffung dieser Erfordernisse wird noch mehrere Monate in Anspruch nehmen.

— (Der Kampf gegen die Teuerung.) Nach einer Meldung der Belgrader „Pravda“ wird der Ernährungsminister

Bußseg die Teuerung dadurch bekämpfen, daß der Staat selbst mit seiner Ware bei niedrigeren Preisen auf den Marktplätzen erscheint. Der Staat werde zu diesem Zwecke Kredite beanspruchen. Außerdem werden strenge Strafen auch gegen die Spekulanten und Preistreiber in Anwendung kommen, desgleichen sind Requirierungen bei denjenigen in Aussicht genommen, die aus Spekulation Nahrungsmittel und Waren anhäufen.

— (Der Bahnverkehr mit Österreich.) Am 8. Dez. wurde der regelmäßige Eisenbahnverkehr mit Österreich wieder aufgenommen.

— (Rundgebungen gegen die Teuerung.) Am 1. Dezember hielten die Staats- und Eisenbahnbeamten in Laibach eine Versammlung im „Mestni Dom“ ab, in welcher zunächst die Frage der Gehaltsregulierung verhandelt wurde. Es wurde eine Entschliebung angenommen, in welcher u. a. die Regierung ersucht wurde, alles zu unternehmen, um die immer mehr überhandnehmende Teuerung einzudämmen, gegen welche die strengsten Maßnahmen anzuwenden seien. — In einer Versammlung der Privatangestellten in Agram wurde bezüglich der Teuerung beschlossen, radikale Maßnahmen zu deren endlichen Eindämmung zu verlangen, und zwar das Verbot der Ausfuhr jener Lebensmittel, an denen wir Mangel leiden, weitere Festsetzung von Höchstpreisen für alle Lebensmittel und unentbehrlichen Bedarfsartikel und schließlich eine strenge Kontrolle über jene Kaufleute, die mit Waren spekulieren. — In der kürzlich abgehaltenen Hauptversammlung des Landesverbandes der Kaufleute in Agram wendete sich der Präsident des Verbandes Pilepic in seiner Rede gegen jene Kaufleute, welche durch Hinausschrauben der Preise das Ansehen des Kaufmannsstandes herabsetzen. Redner hob hervor, daß übrigens nicht allein der Kaufmann die Schuld trage, sondern auch die heutigen vielfach noch ungeklärten Verhältnisse schuld seien an manchen Auswüchsen, denen wir begegnen. Redner führt als solche an die schwankende Valuta, die hohen Zollgebühren, die Korruption, die leider noch immer nicht erstickt sei, den Kettenhandel und Schmuggel, die Eisenbahntarife und schließlich auch die Diebstähle während der Warentransporte, welche mit daran schuld seien, daß der Handel noch nicht auf gesunder Grundlage stehe. Doch stehe fest, daß die Kaufleute nicht das Recht hatten, wegen der Markierung der Papiernoten die Preise zu erhöhen. Diejenigen aber, welche diese Erhöhung schon durchgeführt haben, sollten die Preise sofort wieder herabsetzen. Der Kaufmann dürfe nicht bloß auf den augenblicklichen Profit sehen, sondern müsse auch an die Zukunft denken. Das Unkraut müsse aus dem Stande der Kaufleute ausgejätet werden. — Kaufmann Fürst beantragte, man möge sofort eine Aktion unternehmen, damit jede Ausfuhr von Getreide seitens Privater verboten werde. Möge lieber der Staat jenes Quantum exportieren, zu dessen Ausfuhr wir durch Kompensationsrechte verpflichtet sind. Läßt man den Freihandel so weiterbestehen wie jetzt, so werden die Preise im Frühjahr unerschwinglich hoch sein und Hunger werde die Bevölkerung drücken.

— (Die Vermögensabgabe in Jugoslawien.) Nach Meldungen österreichischer Blätter wird die Vermögensabgabe in unserem Staate bei Vermögen von 10.000 Kronen 30 Prozent, bis 20.000 Kronen 35 Prozent, bis 60.000 Kronen 50 Prozent, bis 200.000 Kronen 60 Prozent und darüber hinaus 80 Prozent betragen. Ob diese Angaben richtig sind, wissen wir nicht. Amtlich ist darüber noch nichts bekanntgegeben worden.

— (Mangel an Heilkräutern in den Apotheken.) In den Apotheken besteht seit längerer Zeit Mangel an den einfachsten Heilkräutern, wie Brust-, Lindenblüten-, Käfepappeltee und anderen Teearten. Die Knaben befassen sich in den Städten eben lieber mit Zigarettenverkauf und die Frauen mit — Schwärzen oder ähnlichen Geschäften, die mehr eintragen als das Sammeln von Heilkräutern.

— (Die natürlichen Reichtümer Jugoslawiens.) Wie uns von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, haben sich beste Kenner der Volkswirtschaft aus Deutschösterreich und der Schweiz,

die Jugoslawien bereisten, dahin ausgesprochen, daß unser Staat an natürlichen Reichtümern und Bodenschätzen reicher sei als selbst die Tschechoslowakei und das Königreich Polen. Aufgabe einer klugen, vernünftigen Staatsverwaltung wird es sein, diese natürlichen Reichtümer zu heben und für den Staat und die Bevölkerung nutzbar zu machen. Das würde die Abkehr von der nationalen Phrase und den Beginn reger, fruchtbringender wirtschaftlicher Arbeit bedeuten.

— (Die Donauföderation.) In Wiener politischen Kreisen wird erzählt, daß die Gründung einer wirtschaftlichen Donauföderation, welcher Österreich, Ungarn, Tschechoslowakien und eventuell auch Jugoslawien angehören werden, so gut wie gewiß ist. Die Teilnahme der ersten drei Staaten kann man schon als eine feste ansehen. Dieses wirtschaftliche Bündnis kann umso schneller geschlossen werden, als es keinerlei politischen Hintergrund hat. Österreich war der „spiritus rector“ dieses Abkommens und es ist möglich, daß auch Italien in einer Form sich anschließt, deren Details noch zu erörtern wären.

— (Drei neue Fabriken in Bosnien.) Die serbische Wirtschaftsbank in Sarajevo hat von der Regierung die Bewilligung zur Errichtung von drei neuen Fabriken in Bosnien erhalten. Sie will eine Glasfabrik, eine Leder- und Schuhfabrik errichten.

— (Entlassung der Kriegsgefangenen in Italien.) „Tribuna“ meldet, daß bis zum 30. Dezember alle Kriegsgefangenen, was auch immer für einer Nationalität sie angehören, entlassen werden sollen.

— (Mangel und Verteuerung des Zuckers.) Die bisherige Zuckerzuteilung gegen Zuckerkarten hört auf. Die Einfuhr von Zucker aus dem Auslande wird nicht mehr von Amtswegen besorgt, sondern bleibt den Kaufleuten selbst überlassen. Die Einfuhr ist im übrigen frei und es ist der vorgeschriebene Zoll zu entrichten. Die Zuckerpreise im Auslande sind jedoch sehr hoch, nämlich 20 bis 24 Kronen das Kilogramm. Rechnet man hierzu noch die Zollgebühr, die Fracht und den kaufmännischen Nutzen, so erreicht der Preis des Zuckers eine solche Höhe, daß dieser Artikel mehr oder minder eine Luxusware werden wird, deren regelmäßige Verwendung nur die Bemittelten sich gestatten werden können. Minder Bemittelte werden ihren Frühstück- und Abendkaffee ungezuckert genießen müssen.

— (Der Verkehr mit Italien.) Ende dieser Woche soll der regelmäßige Eisenbahnverkehr zwischen Jugoslawien und Italien auf der Südbahn über Boitsch eröffnet werden. Bezüglich der Staatsbahn ist es noch nicht bestimmt, wann die Eröffnung des Eisenbahnverkehrs zwischen Wocheiner-Feistritz und Podbrdo und zwischen Ratschach und Kronau stattfinden wird; wahrscheinlich nach Neujahr. Da an den Grenzstationen die Zollämter, Magazine usw. dormalen noch nicht errichtet sind, wird dort ein ähnliches Chaos befürchtet, wie es seit Monaten in Marburg und Agram herrscht.

— (Scheidemünzen.) Die Regierung hat in der Berndorfer Metallfabrik Kleingeld zu 50, 20 und 10 Para im Gesamtwerte von 25 Millionen Dinar herstellen lassen. Scheidemünzen zu 50 Paras werden im Gesamtwerte von 9 Millionen Dinar geprägt werden, von 20 Paras zu 11 Millionen und von 10 Paras zu 5 Millionen Dinar. Sie werden zusammen 35 Waggons benötigen. Die Metallmischung besteht aus Zink und Kupfer.

— (Gegen die achtstündige Arbeitszeit.) Am 7. Dezember hielt der Verband der Gewerbevereinigungen in Belgrad eine Versammlung ab. Es wurde ein Beschluß gefaßt gegen die achtstündige Arbeitszeit und beschlossen, bei der Regierung zwecks Einführung der freien Arbeitszeit Schritte zu unternehmen, da in unserem gesamten Königreiche während des Krieges fast gar nichts gearbeitet wurde. Eine ähnliche Versammlung wurde unlängst auch in Gili abgehalten.

— (Regent Alexander über die Lage.) Bei seiner jüngsten Anwesenheit äußerte sich Regent Alexander einem Ver-

treter des „Petit Journal“ gegenüber u. a.: In meinem Staate ist die bolschewistische Gefahr beseitigt. Die Agrarfrage wird geordnet werden. Das frühere Feudalsystem ist abgetan, es müssen jetzt nur die Abrechnungen gegenüber den Großgrundbesitzern geregelt werden. Jeder Bauer hat sein Stück Boden; da braucht also von Bolschewismus keine Rede zu sein.

— (Jugoslawien und die Entente.) Anlässlich des südslawischen Staatsfeiertages schreibt in den „Narodni Listy“ Božo Lavrič nachstehende aufsehenerregende Zeilen über das Verhältnis Südslawiens zu der Entente: Um einige Tausende ihres Geldes kaufte die Entente unser ganzes Vermögen auf und treibt uns ins Verderben. Einige behaupten, es werde zum Bankrott kommen. Dies aber werde die Entente nicht zulassen, sondern bis es uns am schlechtesten gehen wird, wird sie uns an der Kehle nehmen und uns unseren wirtschaftlichen Tod diktieren. Die Angelsachsen spielen mit uns wie mit einer gefangenen Maus. Die Entente schenkte uns die Freiheit, um uns das letzte Stückchen Brot zu nehmen. Wie raffiniert sie ist, beweise am besten, daß die österreichische Krone in Wien einen bei weitem geringeren Wert hat als in der Schweiz. Dort wertet man die österreichische Krone mit 22 Centimes und an der Börse wird dieselbe Krone mit 3.75 Centimes gezahlt. Dieses Rätsel ist einfach zu lösen. Die österreichische Krone hat in Wirklichkeit einen größeren Wert, als auf dem internationalen Markte verzeichnet wird. Am Tage unseres nationalen Festes beantrage ich, schreibt der Verfasser, einen neuen Weg einzuschlagen, uns zu befreien aus der verderblichen Vormundschaft, denn unsere Freunde ziehen immer stärker den Strick an, um uns eines schönen Tages zu erwürgen. Reißt wir uns los von ihnen. Die Südslawen und die Tschechen mögen sich ohne Rücksicht auf die Valuta des Bierverbandes vereinigen und sich wirtschaftlich auf eigene Füße stellen. Vereinigen wir uns und wir brauchen weder den Bierverband, noch die internationale Valuta, noch die Hilfe unserer Freunde.

— (Eine Abteilung für die Durchführung der internationalen Verträge.) Der Ministerrat in Belgrad hat einen Erlaß unterzeichnet, demzufolge im Ministerpräsidium eine eigene Abteilung zur Durchführung der internationalen Verträge errichtet wird. Von den vier Sektionen fällt der ersten u. a. die Staatsbürgerschaft und der Minderheitenschutz zu.

— (Der Umtausch der Kronenbanknoten.) Die Kommission für Valutaregulierung in Belgrad ist mit dem Projekt der Valutareform beschäftigt. Nach Meldungen der Belgrader Blätter geht der Vorschlag des Finanzministeriums dahin, daß die Relation mit 1:4 festgesetzt werde, d. h. ein Dinar solle 4 Kronen gelten. Eine Einigung ist noch nicht erfolgt. Nach dem Vorschlage des Finanzministeriums würde die Valutafrage in der Weise gelöst werden, daß z. B. eine 10 Dinar-Note den Stempelausdruck von 40 K bekäme, so daß die neue Banknote auf der einen Seite auf Dinar, auf der anderen auf Kronen lauten würde. Das Verhältnis wäre 1:4. Nach diesem Verhältnisse wären sodann alle Spareinlagen, Schulden, Forderungen, Wertpapiere usw. zu berechnen und zu zahlen.

— (Die neuen königlichen Farben.) Regent-Thronfolger Alexander genehmigte die neue Flagge des königlichen Hauses. Die Flagge hat die drei Staatsfarben: blau, weiß, rot. In der Mitte befindet sich ein weißer Doppeladler mit aufgehobenen Schwingen, auf seinem Kopfe ist die Krone Car Lazars, des Märtyrers von Rossowo. Auf dem Schilde sind auf der Brust des Adlers die Wappen Serbiens, Kroatiens und Sloweniens angebracht.

— (Die Zehnkronennoten) aus dem Jahre 1902 sind aus dem Verkehr gezogen worden.

— (Zum Schutze der Kriegsanleihe) hat sich in Laibach kürzlich eine Organisation gebildet. Man schätzt den Kriegsanleihebesitz in Slowenien auf 400 Millionen Kronen. Eine Annullierung der Kriegsanleihen würde also zweifellos eine wirtschaftliche Katastrophe herbeiführen. Die Geldinstitute, Gemeinden, Kirchen und die privaten Besitzer der Kriegsanleihe haben an der Lösung des Kriegsanleiheproblems das allergrößte Interesse, schließlich auch der

Staat selbst, der seine Bürger nicht dem wirtschaftlichen Ruin überantworten kann. Der zum Schutze der Kriegsanleihe in Slowenien eingesetzte Aktionsauschuß, an dessen Spitze der hochwürdigste Herr Fürstbischof, der Herr Bürgermeister der Landeshauptstadt und der Präsident der Krainischen Sparkasse als Ehrenpräsidenten stehen, hat es sich zur Aufgabe gesetzt, den Boden für eine gedeihliche Lösung der so wichtigen Kriegsanleihefrage entsprechend vorzubereiten.

Mitterdorf. (Gemeindewahlen.) Die ersten bald nach Neujahr vorzunehmenden Wahlen sollen die Gemeindewahlen sein und so werden Gemeindegeschäftsführer und dessen Beiräte wieder der Vergangenheit angehören.

— (Gestorben) ist am 10. Dezember die 71jährige Maria Lobe in Windischdorf 55 und Josefa Schneider in Koflern 52 im Alter von 47 Jahren; am 16. Dezember die Webermüllerin Maria Kresse in Unterloschin 16. Sie erreichte ein Alter von 78 Jahren.

— (Arme Kinder.) Während des Krieges blieben unsere Kinder im Lernen stark zurück, da es vielfach an regelmäßigem Unterrichte mangelte. Und noch immer will es nicht besser werden, weil die fortwährenden Neuerungen der Behörden Schule und Kinder durcheinander bringen. Die neueingerrichtete slowenische Klasse gab insoferne den ersten Anlaß dazu, als man nicht nur Anfänger derselben zuwies, sondern auch jene slowenischen Kinder, die bisher die deutschen Klassen besucht hatten und in ihnen zu bleiben wünschten. Daß man den Wünschen der slowenischen Eltern diesbezüglich nicht Rechnung trug, erregte ihren Unwillen, wie es auch bei der übrigen Bevölkerung verstimmt, daß die neue Klasse auf Kosten der deutschen Klassen erstand. Bald darauf kam der Auftrag, daß zur Bevölkerung der slowenischen Klasse in dieselbe auch Kinder einzureihen seien, die nicht slowenisch verstehen, aber Familien angehören, in denen auch nur eines der Eltern näherer oder entfernterer slawischer Abstammung ist. Durch die zu diesem Zwecke angestellten Ausforschungen hat man es soweit gebracht, daß jetzt die slowenische Klasse nach dem Kataloge 70 Kinder zählt, worunter 34 nicht slowenisch verstehen, und, weil gezwungen, die Schule entweder nicht besuchen, oder aber beim unverständlichen slowenischen Unterrichte teilnahmslos dastehen. Der Umwälzungen ist noch kein Ende. Jetzt sollen nämlich zwei slowenische Klassen gebildet, dafür aber die deutschen auf drei zusammengezogen werden. Und das auf Knall und Fall unterm Jahr. Wie sollen bei solchem Durcheinander die Kinder Genügendes leisten? 159 rein deutsche Kinder sollen in drei Klassen eingepfercht werden, weitere 34 des Slowenischen in keiner Weise mächtige Kinder nur slowenischen Unterricht erhalten, einzig nur, weil man mit 2 slowenischen Klassen vor der Öffentlichkeit paradiere möchte. Das sind Verhältnisse, unter denen die hiesige Bevölkerung umso schwerer leidet, als sie überzeugt ist, daß bei nur einigermaßen wohlwollender Berichterstattung aus Gottschee, die Behörden in Laibach den harten Druck unterlassen würden.

Steinwand. (Ein Wildschwein erlegt.) Am 12. Dez. l. J. hat der Herr Forstadjunkt Karl Skoupil ein Wildschwein angeschossen. Angeschossen hat sich dann das Tier im Waldesdickicht versteckt, so daß man es 3 Tage lang suchen mußte. Nach 3 Tagen entdeckte man es, aber es waren noch 3 Kugelschüsse notwendig, bis das Tier liegen blieb. Begreiflicherweise herrschte unter den beteiligten Jägern am Sonntag Nachmittag, da man das Wildschwein nach Steinwand brachte, große Freude. Sie veranstalteten mit dem Herrn Förster und dem Herrn Forstadjunkten ein heimisches Fest aus Freude über das Weidmannsheil. Es war ein prächtiges Exemplar von einem Wildschwein; seine Größe betrug 90 cm, das Gewicht 130 kg. Die Leute sagen: Doch ein's wieder weniger! Denn die Wildschweine haben hier in Steinwand und in Bogrelz im Sommer und im Herbst auf den Äckern leider viel Schaden angerichtet.

Wien. (Todesfall.) Vor einigen Tagen starb hier Fräulein Julie Pfeffer infolge eines Herzleidens im 29. Lebensjahre. Sie ruhe in Frieden.

Verein der Deutschen a. Gottschee

in Wien.

Sitz: 1., Himmelfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft: Jeden Sonntag im Vereinsheim Paul Deierls Gastwirtschaft, 1., Babenbergerstraße Nr. 5a.

Ehrenerklärung.

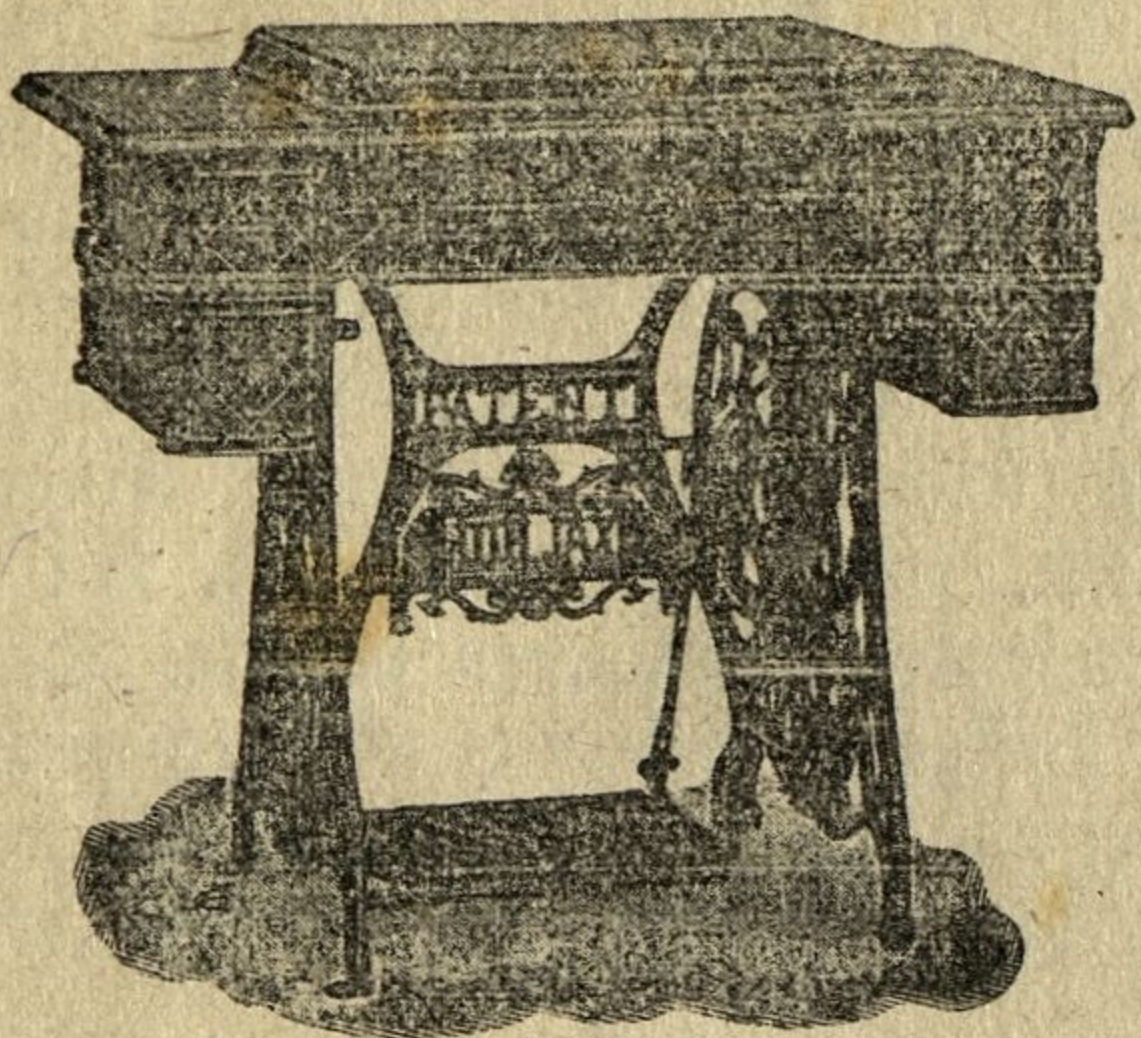
Ich gefertigte Anna Meditz, Hebamme in Obermösel, habe über Frau Antonia Stalzer, Besitzerin in Obermösel Nr. 21, sowie Herrn August Ueber, Postmeister dortselbst, höchst ehrenrührige Äußerungen gemacht. Ich erkläre nun, daß die von mir ausgestreuten Gerüchte der Wahrheit nicht entsprechen, daß ich den Genannten in keiner Hinsicht nahe-treten kann. Schließlich spreche ich Frau Antonia Stalzer meinen Dank aus, daß sie mir verziehen und von einer gerichtlichen Abstrafung Umgang genommen hat.

Anna Meditz.

Reichhaltiges Lager der besten und billigsten

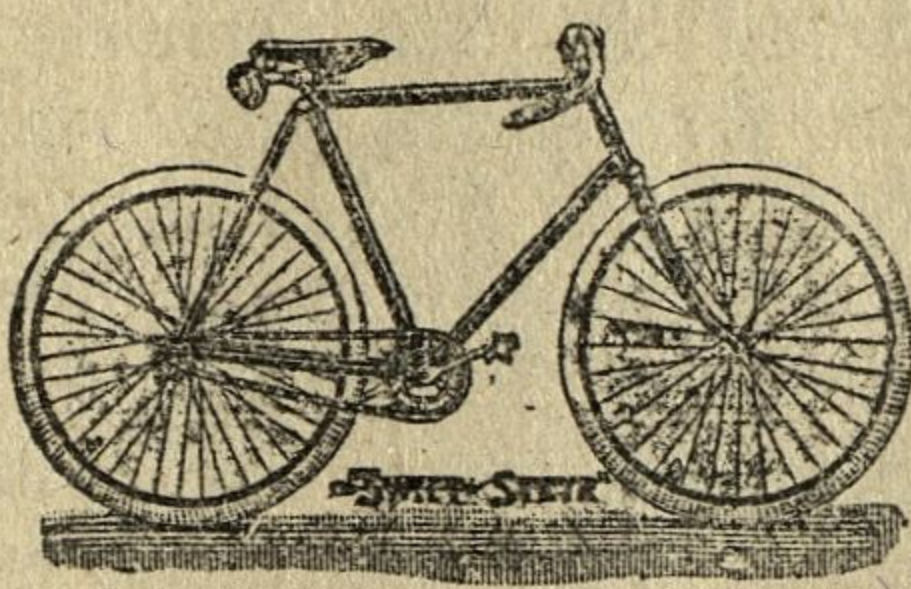
Fahrräder und Nähmaschinen

für Familie und Gewerbe.



Schreibmaschinen.

Langjährige Garantie.



Johann Jax & Sohn • Laibach

Wienerstrasse Nr. 15.

Möbel, ein Sparherd, eine Nähmaschine

werden gekauft.

Anbote sind zu richten: Gottschee, Berggasse Nr. 131.

Zur frdl. Beachtung!

Ich gebe hiemit der geehrten Bevölkerung in Stadt und Land Gottschee bekannt, daß ich in

Gottschee, Hauptplatz

ein

Landesprodukten- und Spezerei-Geschäft

eröffnet habe. Ich bitte um freundlichen Zuspruch und gebe die Versicherung, daß ich mich jederzeit bemühen werde, durch reiche Auswahl und reelle Bedienung das mir entgegengebrachte Vertrauen zu rechtfertigen.

J. Zidar.

Sparkasse der Stadt Gottschee.

Ausweis f. d. Monat November 1919

Einlagen:	Stand Ende Oktober 1919	K 10,828.585·84
	Eingelegt von 78 Parteien	" 275.964·99
	Behoben von 456 Parteien	" 288.435·63
	Stand Ende November 1919	" 10,816.115·20
	Allgem. Reservefond Stand Ende 1918	" 699.456·99
Hypothekar-Darlehen:	zugezahlt	" —
	rückgezahlt	" 85.126·10
	Stand Ende November 1919	" 2,600.150·71
Wechsel-Darlehen:		
	Stand Ende November 1919	" 137.020—

Zinsfuß:

für Einlagen 3 1/2% ohne Abzug der Rentensteuer,
für Hypotheken im Bezirke Gottschee 5%,
für Hypotheken in anderen Bezirken 4 1/2%,
für Wechsel 6%.

Gottschee, am 30. November 1919.

Die Direktion.

Sparkasse der Stadt Gottschee

Einlagenstand Ende Dezember 1918:

K 11,272.732·27.

Zinsfuß für Einlagen (ohne Abzug der Rentensteuer) 3 1/2%.

Zinsfuß für Hypotheken im Bezirke Gottschee 5, in anderen 4 1/2%.

Das Amtslokal der Sparkasse der Stadt Gottschee befindet sich im Schloßgebäude am Auerspergplatz.

Amtstage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmakttagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.